Handels-Zeitung des Leipziger Tageblattes

Seite 7. Mittwoch, den 16. Mai 1923 Nr. 114

Braunkohlen-Kartelle

II.

Von Dr. **Heinz**-Leipzig.

Zusammenschlüsse kommen überwiegend durch freie Vereinbarung zustande. Fast immer sind es Absatzstockungen, begleitet von Preisunterbietungen, die die Unternehmer veranlaßten, sich mit ihren Wettbewerbern zu verständigen. Der Zusammenschluß des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues ist, wie die der anderen Kohlengebiete auch, auf andere Gründe zurückzuführen. Durch Gesetz vom 23. März 1919 wurde der Zusammenschluß aller Werke erzwungen. Nach § 5 dieses Gesetzes hatten sich die Besitzer von Kohlenbergwerken jedes Bezirkes zu einem Kohlensyndikat zusammenzuschließen. War der Zusammenschluß bis zum 20. September 1919 nicht vollzogen, so hätte ihn der Reichswirtschaftsminister durch Verordnung herbeiführen können. Dieser Eingriff des Staates in wirtschaftliche Verhältnisse wird erst verständlich aus den Strömungen der Zeit, die nach dem Waffenstillstand in Deutschland herrschten. Damals herrschte in weiten Kreisen der Nation die Auffassung, daß der Allgemeinheit ein stärkerer Einfluß auf den Gang des Wirtschaftslebens eingeräumt werden müsse; m. a. W., der Gedanke der Sozialisierung. Zur Verwirklichung dieser Idee war nach Ansicht der überwiegenden Mehrheit in ganz besonderem Maße der Kohlenbergbau geeignet. Einmal, weil es sich hier um Schätze handelt, die von Natur aus allen in gleichem Maße gehören sollten, zum andern, weil die Kohle einen Rohstoff darstellt, den jeder benötigt und deren Gewinnung und Verteilung auf die Verbraucher von der Allgemeinheit vorgenommen werden müßte. Die radikalsten Vertreter dieser Gedankengänge forderten demgemäß eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues. Man ist jedoch einen Mittelweg gegangen, den eben das genannte Kohlenwirtschaftsgesetz vom 23. März 1919 darstellt.

Da der Zusammenschluß der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie unter dem Druck eines Gesetzes zustandegekommen ist, so liegt der Schluß nahe, daß die neue Organisation, weil sie nicht natürlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprungen, unnatürlich ist. Sie könnte manchem sogar als überflüssig erscheinen, weil die Zeitströmung, der sie entwachsen ist, inzwischen viel von ihrer Stärke verloren hat. Rein äußerlich betrachtet, scheint dies zuzutreffen. Geht man davon aus, daß Kartelle fast nur in Zeiten der Absatzstockungen zustandekommen, so wäre ein Zusammenschluß der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie kurz nach dem Kriege nie vor sich gegangen; denn so günstige Absatzverhältnisse, wie nach dem Waffenstillstand, hat die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie, solange sie besteht, noch nicht gehabt. Der Grund hierfür, der in dem gewaltigen Rückgang der Steinkohlenproduktion Deutschlands und den Lieferungen an den Feindbund liegt, ist bekannt. Aber, da dem nur begrenzten Angebot an Kohle eine sich dauernd steigernde Nachfrage gegenüberstand, so hätte der Kohlenproduzent für seine Kohlenlieferungen ein Entgelt fordern können, das schließlich nur in der Zahlungsfähigkeit der Bezieher eine Grenze gefunden hätte, wenn eben nicht seitens einer festen Organisation dem entgegengewirkt worden wäre. Damit ist eine Aufgabe des Syndikats angedeutet. Nach § 61 des Kohlenwirtschaftsgesetzes bestimmt und veröffentlicht der Reichskohlenverband die Brennstoffverkaufspreise unter Berücksichtigung der Vorschläge der Syndikate und der Interessen der Verbraucher. In den Syndikaten werden also bei Notwendigkeit einer Preisänderung die neuen Preise auf Grund genauer Feststellungen über die Steigerung der Material- und Lohnunkosten berechnet und beim Reichskohlenverband in Berlin, dem den Syndikaten übergeordneten Organ, Anträge auf Preisänderung gestellt.

Bis kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes genügte ein Beschluß des Reichskohlenverbandes, den Kohlenpreisen, die nicht überschritten werden dürfen, Gültigkeit zu verschaffen. Um der Verbraucherschaft eine stärkere Einwirkung auf die Preisgestaltung zu geben, wurde aber schon vor längerer Zeit bestimmt, daß Preisbeschlüsse nur vom Reichskohlenverband und vom Großen Ausschuß des Reichskohlenrates gemeinsam gefaßt werden können. In dem Reichskohlenrat sind Arbeiter und Verbraucher so stark vertreten, daß ohne deren Zustimmung ein Preisantrag keine Aussicht auf Erfolg hat. Dies hat zur Folge, daß einmal die Syndikate nur bei wirklich begründeten Preisanträgen auf deren Annahme rechnen können, zum anderen, daß ein Preisbeschluß erst nach genauester Prüfung der Verhältnisse zustande kommt. Schließlich steht dem Reichswirtschaftsminister ein Einspruchsrecht zu, das er auch schon mehrere Male in scharfem Widerspruch zum gesamten Bergbau ausgeübt hat. Die Verbraucher haben also keine höheren Kohlenpreise zu tragen, als es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern.

Ist die Preisberechnung auf Grund der Selbstkosten die eine große Aufgabe des Kohlensyndikates, so ist die Regelung der Produktion die andere. Wenn auch diese Aufgabe heute noch nicht so stark in Erscheinung tritt, da die Absatzverhältnisse der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie nach dem Kriege außerordentlich günstig waren, so darf sie doch nicht unterschätzt werden. Die Zeiten können sich auch einmal ändern, und es hat den Anschein, als wäre dieser Zeitpunkt sehr nahegerückt. Die Ruhrbesetzung hat ja entgegen allen Voraussagen und Berechnungen die geradezu groteske Erscheinung gezeitigt, daß in Frankreich Kohlenmangel und in Deutschland, hervorgerufen durch den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang, Kohlenüberfluß herrscht. Wenn nun kein Kohlensyndikat vorhanden wäre, so würde eine allgemeine Preisschleuderei auf dem Kohlenmarkte eintreten, der notwendigerweise der Zusammenbruch vieler Werke folgen müßte. Von dem Gedeihen eines jeden Werkes hängt aber das Wohl und Wehe Hunderter und Tausender von Arbeitern und Angestellten ab. Um die Aufgabe der Produktionsregelung zu lösen, sind die Werke bei den Syndikaten entsprechend ihrer Größe und Leistungsfähigkeit mit Produktionsquoten beteiligt. Verschlechtern sich nun die Absatzverhältnisse, so wird einfach bei jedem Werk, entsprechend seiner Beteiligungsziffer, die Produktion gedrosselt.

Auch die weiteren Aufgaben des Syndikates verfolgen alle das Ziel, der deutschen Wirtschaft die notwendigen Brennstoffe unter möglichster Ausschaltung aller unwirtschaftlichen Aufwendungen an Arbeit und Kapital zu den denkbar günstigsten Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

Bank- und Geldwesen

* **Umrechnungskurse für die Berechnung der Ausfuhrabgabe** für die Zeit vom 16. bis einschl. 23. Mai. Holland 14 400, Buenos Aires P. 13 200, do. G. 30 000, Belgien 2100, Norwegen 6200, Dänemark 6900, Schweden 9700, Finnland 970, Italien 1900, London 170 000, Amerika 36 800, Frankreich 2500, Schweiz 6500, Spanien 5400, Deutschösterreich 0,50, Prag 1100, Ungarn 6,50, Bulgarien 290, Rumänien 170, Jugoslawien 380, Luxemburg 2100, Japan 17 200, Rio de Janeiro 3600, Polen (Warschau) 0,75, Mexiko, Goldpeso 20 000, Lettland 132, Estland 96, Goldmark 8189.

Ueber London ermittelte Kurse. Athen 490, Lissabon 1500, Alexandrien 1700, Valparaiso P. 4400, do. G. 8500, Montevideo 27 900.

* **Preußische Roggenwertanleihe.** Nach einer Mitteilung der B. Z. am Mittag ist der für die Roggenwertanleihe des preußischen Staates zur Zeichnung aufgelegte Betrag noch nicht völlig aufgebracht. Der Zeichnungseingang sei immerhin so befriedigend, daß mindestens mit einem vollen Eingang des vorgesehenen Betrages gerechnet werden könne.

* **Ueberzeichnung der preußischen Kalianleihe.** Wie der amtliche Pressedienst mitteilt, hat sich bei der Zeichnung auf die erste Ausgabe der 5proz. Kaliwertanleihe des Freistaates Preußen bereits jetzt eine wesentliche Ueberzeichnung ergeben, so daß die Zeichnung am 14. Mai, also am zweiten Tage, geschlossen werden mußte.

Die diesjährige o. G.-V. der Reichsbank wird auf den 30. Mai einberufen.

* **Niederlausitzer Bank.** Aus 25,17 (i. V. 2,04) Mill. ℳ Reingewinn sollen 40 (11) Proz. Dividende verteilt und 12,83 (0,73) Mill. ℳ zurückgestellt werden. Der Gesamtumsatz betrug 81,2 (8,09) Milliarden ℳ. Die Bilanz verzeichnet in Mill. ℳ: Kasse 179,4 (2,5), Wechsel 625,8 (18,1), Debitoren 623,5 (177,7) und Kreditoren 3379,4 (171,7).

* **Essener Creditanstalt.** In 1922 ergibt sich ein Bruttogewinn von 1554,74 (i. V. 109,65) Mill. ℳ. Davon Zinsen auf Wechsel, Effekten und Kontokorrentverkehr einschl. Devisengewinn und Gewinn aus dauernden Beteiligungen 708,7 (58,88), Gewinn aus Gebühren 605,78 (38,1), aus Effekten 165,23 (12,11) Mill. ℳ. Nach Abzug von 678 (49,56) Mill. ℳ Unkosten und 44,97 (6,97) Mill. ℳ Steuern bleibt ein Reingewinn von 631,76 (52,12) Mill. ℳ, woraus 100 (6) Proz. Dividende vorgeschlagen werden, 10 (0,25) Mill. ℳ fließen dem Fonds für wohltätige Zwecke, 2 (30,88) Mill. ℳ dem Reservefonds zu, Rückstellungen für Neu- und Umbauten 100 (10), Beamtenunterstützungsfonds 10 (0,3), Tantiemen 222,52 (10,44), Vortrag 23,86 (3) Mill. ℳ.

* **Bank für Handel und Filmindustrie, A.-G.,** in München. Die erste o. G.-V. beschloß, über den Antrag der Verwaltung (350 Mill. ℳ) hinausgehend, die Erhöhung des Aktienkapitals um 600 auf 750 Mill. ℳ. 150 Mill. ℳ werden zu 175 Proz. im Verhältnis 1:1 den Aktionären angeboten. Das erste etwas über drei Wochen dauernde Geschäftsjahr erbrachte 0,86 Mill. ℳ.

* **Bankhaus E. von Stein & Co., A.-G.,** in Berlin. Die G.-V. beschloß 40 Proz. auf das mit 14,5 Mill. ℳ eingezahlte Kapital. Es betrugen in 1922 die Einnahmen aus Effekten 4,09, aus Sorten 5,24, aus Devisen 19,31, aus Wechsel 0,72, aus Provisionen 39,27 und aus Zinsen 2,24 Mill. ℳ. Aus 35,78 Mill. ℳ Reingewinn werden u. a. 10 Mill. Mark für Steuern und 10 Mill. ℳ auf Reserve zurückgestellt. Die Bilanz verzeichnet u. a. in Mill. Mark: Effekten 8,97, Sorten 6,92, Devisen 19,55, Debitoren 198,18 und Kreditoren 188. Die G.-V. beschloß ferner Kapitalserhöhung um 350 auf 400 Mill. ℳ.

Montanindustrie

* **Vereinigte Königs- und Laurahütte, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb,** in Berlin. Die Verwaltung beruft auf den 7. Juni eine a. o. G.-V. ein, die über Erhöhung des Grundkapitals um 320 auf 500 Mill. ℳ Beschluß fassen soll. Letzte Kapitalserhöhung im Oktober um 126 Mill. ℳ, von denen den Aktionären 54 Mill. ℳ im Verhältnis von 1 zu 1 zu 300 Proz. angeboten wurden.

* **A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation** zu Stolberg. Gegen die Beschlüsse der o. G.-V. vom 7. April wurde vom Aktionär Rechtsanwalt Friling in Köln Anfechtungsklage erhoben. Termin 7. Juni.

* **Wagengestellung im Meuselwitz-Rositzer Braunkohlen-Revier** mit Ausnahme der Gruben Kraft I und Herzogin Adelheid. Für die Woche vom 30. April bis 6. Mai wurden von den Werken 5437 Eisenbahnwagen zu je 10 t angefordert. Gestellt wurden 5541 Wagen.

— **Die Petroleumproduktion Rußlands.** Im Bakuer Bezirk ist lt. Ind.- u. Handelsztg. im März trotz der Feiertage eine Förderung von 18 063 000 Pud Naphtha (ausschließlich der Kleinproduktion) erzielt worden. In der ersten Hälfte April wurden 8 844 000 Pud gefördert. Im ganzen scheint die Produktion sich jetzt allmählich wieder zu heben, obwohl eine Anzahl der neuerrichteten Bohrtürme noch nicht in Betrieb genommen sind. Die Bohrungen betrugen im März 1935 Faden (gegen 1700 im Februar und 1540 im Januar); in der ersten Hälfte April wurde eine Gesamttiefe von 961 Faden erreicht. Für Juni wird eine stärkere Zunahme der Förderung erwartet. Im Embaschen Bezirk sind im März 867 000 Pud gegen 645 000 Pud im Februar gewonnen worden. Im Grosnij-Becken betrug die Produktion im März 7 197 000 Pud gegen 6 161 000 Pud im Februar. Die Zahl der im Betrieb befindlichen Bohrtürme ist von 211 auf 219 gestiegen.

* **Von der südrussischen Naphtha-Industrie.** In den Maikoper Naphthagebieten ist eine neue Quelle zum Durchbruch gekommen, die 200 000 Pud weiche Naphtha fördert. Im April sind aus Baku 18 Millionen Pud Naphtha ausgeführt worden.

Maschinen und Metalle

ch **Hugo Schneider, A.-G.** Die G.-V., an der 35 Aktionäre mit 64 738 Stimmen teilnahmen, genehmigte 150 Proz. Dividende. Bezüglich der Feuerversicherungen bleibt es bei der bisher von der Verwaltung geübten Weise. Der Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 26 auf 75 Mill. ℳ wurde zurückgezogen. Die Verwaltung halte nach nochmaliger eingehender Beratung eine Kapitalserhöhung zurzeit nicht für notwendig. Ob in einer späteren a. o. G.-V. der Antrag erneut eingebracht werden würde, könne man noch nicht sagen. Es schweben noch diesbezügliche Verhandlungen.

* **Vereinigte Eschebachsche Werke, A.-G.,** in Dresden. In 1922 belief sich der Rohertrag auf 377,90 (i. V. 21,17) Mill. ℳ. Während im Vorjahre nur Gesamtunkosten mit 17,82 Mill. ℳ ausgewiesen wurden, wird diesmal gegliedert in Handlungsunkosten mit 146,28, Steuern mit 71,63, Versicherungen mit 90,6 und Kranken- und Angestelltenversicherung mit 3,62 Mill. ℳ. Für Abschreibungen wurden 3,4 (0,2) Mill. ℳ verwandt. Damit werden sämtliche Zugänge abgeschrieben und darüber hinaus die Anlagekonten mit Ausnahme der Grundstücke und Gebäude auf je 1 ℳ gebracht. Aus 62,25 (3,27) Mill. ℳ Reingewinn sollen 16 Mill. ℳ für soziale Zwecke verwandt, wieder 5 Proz. Dividende auf 1 (1) Mill. ℳ Vorzugsaktien und 200 (25) Proz. auf 21 (9) Mill. ℳ Stammaktien verteilt und 4,2 (0,1) Mill. ℳ vorgetragen werden. In der Bilanz erscheint neu eine mit 70 Mill. ℳ vorweg dotierte Erneuerungsrücklage. Die Steuerrückstellungen usw. haben sich auf 99,77 (1,76), Kreditoren auf 410,91 (i. V. einschl. Bankschulden 17,18) Mill. ℳ erhöht. Außenstände (i. V. 13,46 Mill. ℳ) einschl. Bankguthaben sind auf 652,69 Mill. ℳ gestiegen. Waren werden unverändert mit 23,66 (23,53) Mill. ℳ ausgewiesen. Eine Kapitalserhöhung um 22 Mill. ℳ Stammaktien ist bekanntlich vorgeschlagen. Im neuen Jahre habe sich der Geschäftsgang befriedigend angelassen.

* **Frankfurter Maschinenbau-A.-G. vorm. Pokorny & Wittekind** in Frankfurt a. M. In 1922 betrug der Betriebsüberschuß 226,58 (i. V. 21,16) Mill. Mark. Nach 102,23 (14,14) Mill. ℳ Unkosten und 18,42 (1,77) Mill. ℳ Abschreibungen sollen aus 105,95 (5,26) Mill. ℳ Reingewinn 150 (i. V. 22) Proz. Dividende auf die Stammaktien und 6 Proz. auf die Vorzugsaktien verteilt, 22,5 (0,5) Mill. ℳ den Reserven und 10 (0,2) Mill. ℳ der Unterstützungskasse zugeführt, 17,89 (1,16) Mill. ℳ für Vorstand und Beamte ausgeworfen und 3,35 (0,03) Mill. ℳ vorgetragen werden. Sowohl die eigenen Werke als auch die pachtweise übernommene Eisengießerei Neuhütte bei Mechernich sind dauernd voll beschäftigt. Die Fabrikation von Preßluftwerkzeugen konnte über den Vorkriegsumfang hinaus gesteigert werden. Der Auslandsumsatz war gut. In der Bilanz werden neben 638,59 Mill. ℳ Kreditoren 53,38 Mill. Mark Bankschulden gesondert ausgewiesen (i. V. zusammen 27,1 Mill. ℳ). An Anzahlungen erhalten hat die Gesellschaft 95,21 (5,48) Mill. ℳ. Die Debitoren betragen neben 16,5 (0,01) Mill. ℳ Wechseln 622,23 (34,32) Mill. ℳ. Bestände werden mit 477,55 (44,87) Mill. ℳ bewertet. Das Werkerhaltungskonto wird um 15 Mill. ℳ erhöht und in ein Selbstversicherungskonto umgewandelt. Die im Februar beschlossene Kapitalserhöhung um 24 Mill. ℳ ist durchgeführt. Zurzeit verfügt die Gesellschaft noch über genügend Aufträge. Der Auftragseingang, auch aus dem Auslande, ist nach einer Stockung im Januar und Februar befriedigend.

* **R. Frister, A.-G.,** in Berlin. Der Aufsichtsrat beschloß, 100 (i. V. 20) Proz. Dividende nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen vorzuschlagen. Die Gesellschaft geht eine enge Interessengemeinschaft mit der Firma Hirschhorn ein, die in eine A.-G. umgewandelt wird. Mit der A.-G. Hasis & Hahn in Stuttgart ist gleichfalls ein Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen worden. Eine Kapitalserhöhung sei anläßlich dieser Transaktion nicht erforderlich.

* **Aus dem Miag-Konzern.** Die a. o. G.-V. der Firma Amme, Giesecke & Konegen, A.-G., in Braunschweig, genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 70 auf 120 Mill. ℳ. Die Aktien sind vom 1. Juli 1922 ab am Reingewinn beteiligt. Der Ausgabekurs von 50 Mill. ℳ Aktien beträgt 3000 Proz. und von 20 Mill. ℳ Aktien, die zur Verfügung der Mühlenbau-Industrie-A.-G. in Frankfurt a. M. bleiben, 100 Proz. Die alten Aktionäre erhalten die neuen Aktien im Verhältnis von 1:1 zu 3000 Proz. Die restlichen 20 Mill. ℳ sollen im Verhältnis von 2:1 gegen 10 Mill. ℳ Aktien der Mühlenbau-Industrie-A.-G., Frankfurt a. M. (Miag), ausgetauscht werden. Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, daß über 50 Proz. der Interessen des Miag-Konzerns von den Braunschweiger Firmen (Amme, Giesecke & Konegen und Maschinenbauanstalt Luther) vertreten werden. Die Geschäftslage wurde als keineswegs ungünstig bezeichnet.

Die a. o. G.-V. der Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt Luther, A.-G., in Braunschweig genehmigte die Kapitalsverdoppelung auf 60 Mill. ℳ. Auf drei alte werden zwei junge Aktien zu 3000 Proz. angeboten, die restlichen 10 Mill. ℳ werden an die Miag gegen 5 Mill. Mark Aktien dieser Gesellschaft begeben.

* **Sachsenwerk, Licht und Kraft, A.-G.,** in Niedersedlitz. Unserer Meldung über die G.-V. ist noch nachzutragen, daß bezüglich der Unterversicherung mitgeteilt wurde, die Anlagen in Niedersedlitz und Radeberg, die bekanntlich voll abgeschrieben sind, seien bisher mit 12,18 Milliarden Mark versichert gewesen, was heute eine wesentliche Unterversicherung darstelle. Der Geschäftsgang habe sich auch bei der Gesellschaft etwas ungünstiger gestaltet, soweit die sogenannten kleinen Artikel und Stapelwaren in Betracht kommen. In großen Apparaten (Transformatoren) und Objekten seien ihr aber noch dauernd große Aufträge zugeflossen, die besonders deshalb wertvoll erschienen, als sie den Beweis lieferten, daß im In- und Auslande der Kundenkreis für diese Artikel sich vollständig erweitert habe. Mehrere dieser großen Objekte betragen je 1 bis 2 Milliarden Mark. Wenn die Ausführung dieser Aufträge auch mehr Material und weniger Arbeitskräfte erfordere, somit also die Inanspruchnahme der vollen Belegschaft nicht gewährleistet werde, so hälfen sie dem Unternehmen doch über die ungünstigen Zeiten recht gut hinweg. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt Dr. Richard Freund, Berlin, als Vertreter der Liebig-Gruppe, ferner Diplom-Ingenieur Frenckell, Staatspräsident C. Degenhardt und Ministerialdirektor a. D. Geh. Rat Schmitt, sämtlich in Dresden.

np **Emag, Elektrizitäts-A.-G.,** in Frankfurt a. M. Die a. o. G.-V. genehmigte den Abschluß und die Kapitalserhöhung um 65 auf 110 Mill. ℳ durch Ausgabe von neuen Stammaktien mit Dividendenrecht ab 1. Januar. Die neuen Aktien werden einem Konsortium unter Führung der Tellus-A.-G. überlassen, die 44 Millionen Mark davon zu 1000 Prozent und 21 Millionen Mark zu pari übernimmt. Diese 21 Millionen Mark sind im Einvernehmen mit der Verwaltung zu begeben. Auf die 44 Mill. ℳ erhalten die Stammaktionäre ein Bezugsrecht 1:1 zu 1100 Proz. Das Stimmrecht der bestehenden 1 Mill. ℳ Vorzugsaktien wurde vom 12- auf das 20fache in den steuerfreien Fällen erhöht. Die Bezüge des Aufsichtsrates wurden auf jährlich 150 Goldmark pro Kopf, für den Vorsitzenden auf 300 Goldmark und für den stellvertretenden Vorsitzenden auf 225 Goldmark festgesetzt. In den Aufsichtsrat zugewählt wurden Direktor Bachcrer, Dresdner Bank, Frankfurt a. M., Otto Hirsch-Frankfurt a. M. und Heinrich Rosenthal von der Firma S. Schönberger & Co.-Berlin. Es wurde mitgeteilt, daß demnächst wegen weiterer Zuwahlen aus Industriekreisen Vorschläge unterbreitet werden sollen.

Papier- und Textilgewerbe

* **Zusammenschluß in der Papierindustrie.** Die G.-V. der Winterschen Papierfabriken, A.-G., in Hamburg sollte über Änderung statutarischer Bestimmungen und über Zuwahl zum Aufsichtsrat beschließen. Der Vorsitzende begründete einen Antrag der Verwaltung, daß beabsichtigt sei, in einer Fühlung zu einem anderen großen Konzern und gleichzeitig mit einer Konkurrenzgesellschaft, der Hannoverschen Papierfabrik Alfeld-Gronau, eine Ein- und Verkaufsgesellschaft mit dem Sitz in Berlin zu gründen. Die Verwaltung bezeichnete diese Gründung, bei der die Winterschen Papierfabriken ihre Selbständigkeit bewahren werden, in vorbeugendem Interesse für kommende schwere wirtschaftliche Schwierigkeiten für durchaus notwendig. Gleichzeitig begrüßt die Verwaltung es freudig, daß durch diese Neugründung zum ersten Male eine Großbank, die Berliner Handelsgesellschaft, in dem Aufsichtsrat der Winterschen Papierfabriken vertreten sein wird. In der Aussprache wurde von mehreren Aktionären die Rentabilität der Alfeld-Gronau-Gesellschaft bezweifelt und die Befürchtung ausgesprochen, daß die Winterschen Papierfabriken in Zukunft von der neuen Gesellschaft, an der noch mehrere andere größere Fabriken beteiligt sind, vollständig aufgesogen werden könnten. Auch wurde der Wunsch geäußert, den Sitz der neuen Gesellschaft nicht nach Berlin, sondern nach Hamburg oder Hannover zu verlegen. Ferner wurde die Verwaltung um eingehende Mitteilungen über die beabsichtigte Neugründung ersucht. Der Vorsitzende erwiderte, daß die Verwaltungsmitglieder der Winterschen Papierfabriken sich erst kürzlich von dem durchaus günstigen Stande der Alfeld-Gronau-Gesellschaft überzeugt haben. Daß auch andere Fabriken sich an dem neuen Unternehmen eventuell beteiligen, hält er gerade im Interesse der Verminderung des Konkurrenzkampfes für durchaus erfreulich. Ausführliche Mitteilungen über die geplante Neugründung zu machen, halte er im Interesse der Gesellschaft nicht für dienlich, doch glaube er sagen zu können, daß mit der beabsichtigten Neugründung man erst im Anfang der Anschlußbewegung stehe und daß noch weitere Anschlüsse folgen werden. Nach einer weiteren Debatte wurde der Antrag der Verwaltung gegen 24 780 mit überaus großer Majorität angenommen. Der Vorsitzende teilte dann noch mit, daß die Fabriken bis jetzt sehr gut beschäftigt sind und daß voraussichtlich mit einem sehr günstigen Ergebnis zu rechnen sei. Auch sei beabsichtigt, die von der Gesellschaft ausgegebenen Teilschuldverschreibungen zu kündigen.

ch **Kammgarnspinnerei Stöhr & Co., A.-G.,** in Leipzig. Die G.-V., an der 17 Aktionäre mit 64 082 Stimmen teilnahmen, setzte die Dividende auf 6 Proz. für die Vorzugsaktien und auf 50 Proz. für die Stammaktien neben einem Bonus von 1500 ℳ auf jede Stammaktie fest. Auf Anfrage teilte die Verwaltung mit, daß sich über die Realisierung der amerikanischen Beteiligungen nichts Bestimmtes sagen lasse, das hänge lediglich von den Beschlüssen des Kongresses ab. Eine Hoffnung bestehe, daß die Guthaben in Amerika der Gesellschaft erhalten bleiben. Weiteres lasse sich zurzeit nicht sagen.

Leipziger Bankverein
Aktiengesellschaft
Burgstraße 26.
An- und Verkauf von Wertpapieren
Beleihung von
Vermietung von Schließfächern in unserer feuer- u. einbruchsicheren Stahlkammer
Geschäftszeit: 9–1 Uhr.